Nr. 72.2026
23. April 2026

Presse

Pressemitteilung
der SPD-Bundestagsfraktion

AG Recht und Verbraucherschutz
AG Inneres

Steigende Zahl erfasster Sexualdelikte: Wir müssen Frauen besser schützen

Am 20.04.2026 wurden die Polizeiliche Kriminalstatistik 2025 sowie die Dunkelfeldstudie "Sicherheit und Kriminalität in Deutschland 2024" veröffentlicht. Dabei fällt auf: Die Zahl der erfassten Sexualdelikte bleibt weiterhin hoch. Besonders Vergewaltigungen haben zugenommen. Unter den Opfern sind überwiegend Frauen, wobei junge Erwachsene besonders betroffen sind. Die Anzeigequote ist nach wie vor besonders gering.

Carmen Wegge, *rechtspolitische Sprecherin:*

„Die Zahl der Vergewaltigungen und sexuellen Übergriffe gegen Frauen ist weiterhin erschreckend hoch. Am häufigsten handelt es sich bei dem Täter um den (Ex-)Partner. Gleichzeitig wird nur ein Bruchteil dieser Taten überhaupt bei der Polizei angezeigt. Laut der kürzlich veröffentlichten Lesubia-Studie liegt die Anzeigequote bei sexuellen Übergriffen unter Frauen bei lediglich drei Prozent. Viel zu viele Betroffene entscheiden sich aus Angst, Scham oder aus mangelndem Vertrauen in staatliche Verfahren gegen eine Anzeige. Das darf ein Rechtsstaat nicht hinnehmen.

Deshalb müssen wir die Anzeigebereitschaft deutlich erhöhen. Das gelingt nur, wenn Betroffene darauf vertrauen können, dass Polizei, Justiz und Hilfesysteme sensibel, verlässlich und konsequent handeln. Dazu gehören niedrigschwellige Beratungsangebote, spezialisierte Ermittlungsstrukturen und Verfahren, die Betroffene nicht erneut traumatisieren.“

Sebastian Fiedler, *innenpolitischer Sprecher:*

„Die steigenden Zahlen bei Sexualdelikten –insbesondere bei den Vergewaltigungen –sind erschreckend und besorgniserregend. Sie zeigen, dass wir noch mehr tun müssen, um Frauen zu schützen. Die in Verbindung mit der PKS 2025 veröffentlichte SKiD-Studie verdeutlicht auch, dass die Sensibilisierung der Gesellschaft größer geworden ist und sich mehr Betroffene trauen, zur Polizei zu gehen. Damit diese Entwicklung weitergeht, müssen Bund und Länder weiter gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um Täter konsequenter zu verfolgen, um Frauen besser zu schützen. Ich bin froh, dass das Justizministerium unter der Leitung von Ministerin Hubig dem Thema höchste Priorität zuordnet und mit dem Gewaltschutzgesetz einen ersten wichtigen Schritt in Richtung stärkeren Opferschutz in die Wege geleitet hat."

Impressum

Nr. 72.2026 / 23. April 2026

Herausgeber: Katja Mast
Redaktion: Dominik Dicken

T 030 227 52282
030 227 51118
E Presse@spdfraktion.de

Der Text kann im Internet unter www.spdfraktion.de abgerufen werden.

SPD
Fraktion im Bundestag